

Datenschutzhinweise nach Art. 13/14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO).
Aufgabe: Verarbeitung personenbezogener Daten bei umweltrechtlichen
Verfahren und Vorgängen im Bereich der unteren Naturschutzbehörde

1.	Name und Kontaktdaten der verantwortlichen Stelle:	Kreis Plön, Der Landrat -Amt für Umwelt- Hamburger Str. 17/18 24306 Plön E-Mail: verwaltung@kreis-ploen.de Tel. 04522-743-0
2.	Kontaktdaten der behördlichen Datenschutzbeauftragten:	Kreis Plön Behördliche Datenschutzbeauftragte Hamburger Str. 17/18 24306 Plön E-Mail: datenschutz@kreis-ploen.de Tel. 04522-743-507
3.	Personenbezogene Daten werden verarbeitet	in umweltrechtlichen und artenschutzrechtlichen Verwaltungsverfahren und Vorgängen der unteren Naturschutzbehörde, die mir übertragen wurden. Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt des Weiteren auch bei Ihren Anträgen auf Genehmigung von: - Eingriffen in Natur und Landschaft - Bodenabbau, selbstständigen Abgrabungen und Aufschüttungen - genehmigungsbedürftigen Vorhaben in Landschaftsschutzgebieten - Gehölzpflegemaßnahmen und Gehölzrückschnitten sowie auf Baumfällung außerhalb und innerhalb der gesetzlichen Schutzfrist - Knickverschiebung oder –rodung - Verlegung eines Knicks oder von Kleingewässern, Teichen und Tümpeln - Anlage einer Weihnachtsbaumkultur - Abschuss von Saatkrähen - Errichtung bzw. Anerkennung einer Ökokontomaß- - nahme bzw. einer Knickneuanlage, - Zuwendungen für Maßnahmen des Naturschutzes aus Ersatzgeldern - Erteilung einer Tiergehegenehmigung. Eine Verarbeitung personenbezogener Daten findet zudem aufgrund vertraglicher Pflichten (z.B. Pflegemaßnahmen in Naturschutzgebieten) oder aufgrund gesetzlicher Pflichten statt.
4.	Rechtsgrundlage für die Verarbeitung:	- Art. 6 Abs. 1 lit. a) EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) aufgrund Ihrer Einwilligung - Art. 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO, sofern Sie eine Vertragsbeziehung mit dem Kreis Plön unterhalten - Art. 6 Abs. 1 lit. c) DSGVO aufgrund gesetzlicher Pflichten für z.B. naturschutzrechtliche Duldungspflichten und/oder behördliche Betretungsrechte - Art. 6 Abs. 1 lit. e) für die Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in

		Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt i.V.m. § 3 des Landesdatenschutzgesetzes (LDSG) und folgender weiterer Vorschriften des Umweltrechts: - Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) - Landesnaturschutzgesetz (LNatSchG) - Wasserhaushaltsgesetz (WHG) - Landeswassergesetz (LWG) - Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) - Landes-Immissionsschutzgesetz (LImSchG) - Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG, LUVPG) - Umweltinformationsgesetz (UIG) - Informationszugangsgesetz für das Land Schleswig-Holstein (IZG-SH) - Bundeswaldgesetz (BWaldG) - Landeswaldgesetz (LWaldG) sowie die aufgrund dieser Gesetze ergangenen weiteren Rechtsvorschriften.
5.	Die Daten werden an folgende Dritte (im In- und Ausland) weitergegeben:	Eine Weitergabe Ihrer Daten erfolgt aufgrund der zuvor genannten gesetzlichen oder vertraglicher Grundlagen an: - Ämter innerhalb der Kreisverwaltung - Behörden des Landes Schleswig-Holstein - andere Kommunalverwaltungen in ihrer jeweiligen Zuständigkeit - Gerichte, die Staatsanwaltschaft und die Polizei. - Aufsichtsbehörden, Wasserverbände, Naturschutzverbände und den Geologischen Dienst. - Teilweise bedienen wir uns zur Erfüllung unserer Aufgaben externer Dienstleister. - Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens werden Daten von der Maßnahme an betroffene Dritte weitergegeben. Eine Datenübermittlung an Drittstaaten findet nicht statt.
6.	Die Datenspeicherung erfolgt für die Dauer:	Ihre Daten werden nur solange verarbeitet und gespeichert, wie es für die Erfüllung der unter Ziff. 3 genannten Zwecke bzw. aufgrund gesetzlicher Vorschriften erforderlich ist.
7.	Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO):	Sie haben einen Anspruch zu erfahren, ob bzw. welche Sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden. Darüber hinaus stehen Ihnen weitere Informationen entsprechend dem Katalog in Art. 15 DSGVO zu.
8.	Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO):	Sie haben ein Recht darauf, dass unrichtige personenbezogenen Daten berichtigt werden und unvollständige Daten vervollständigt werden.
9.	Recht auf Löschung (Art. 17 DSGVO):	Unter bestimmten in Art. 17 DSGVO genannten Voraussetzungen haben Sie einen Anspruch auf Löschung Ihrer personenbezogenen Daten.
10.	Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO):	Unter bestimmten in Art. 18 DSGVO genannten Voraussetzungen haben Sie einen Anspruch auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten.

11.	Recht auf Datenübertragung (Art. 20 DSGVO):	Sie haben ein Recht darauf, dass über Sie gespeicherte personenbezogene Daten Ihnen in einem gängigen Format zur Verfügung gestellt werden.
12	Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde:	Wenn Sie glauben, bei der Verarbeitung Ihrer persönlichen Daten in Ihren Rechten verletzt worden zu sein, können Sie sich an die zuständige Aufsichtsbehörde wenden: Landesbeauftragte für Datenschutz Schleswig-Holstein, Holstenstraße 98, 24103 Kiel, Tel.: 0431/988-1200, Telefax: 0431/988-1223, E-Mail: mail@datenschutzzentrum.de Diese geht Ihrer Beschwerde nach und unterrichtet Sie über das Ergebnis.
13.	Recht auf Widerspruch (Art. 21 DSGVO)	Sie haben das Recht, jederzeit gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten Widerspruch einzulegen.
14.	Wenn Sie der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten widersprechen	Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten, die sich aus Art. 6 Abs. 1 lit. e) oder f) DSGVO ergeben, Widerspruch einzulegen. Das Widerspruchsrecht gegen Art. 6 Abs. 1 lit e) nach Art. 21 Abs. 1 der DSGVO besteht jedoch nicht, soweit an der Verarbeitung ein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient. Im Übrigen kann ohne die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten Ihre Anfrage bzw. Ihr Antrag nicht oder nur eingeschränkt bearbeitet werden und zur Folge haben, dass der Vertrag bzw. die rechtliche Verpflichtung nicht erfüllt werden kann und damit die begehrte Leistung versagt oder entzogen werden muss bzw. eine Bearbeitung nicht stattfinden kann.